

Föderalismus stärkt die Schweiz und ihre Einwohner – doch wer verteidigt ihn wirklich?

Erfolgsrezept ohne Fürsprecher

Von Dominik Feusi, Bern

Föderalismus ist gut für die Einwohner der Schweiz. Wer das noch nicht wusste, der kann es seit gestern in einer 400 Seiten dicken Studie nachlesen, welche die ch Stiftung, eine Tochter der Konferenz der Kantonsregierungen, in Auftrag gegeben hat.

Föderalismus sorgt für gesunde Staatsfinanzen, effiziente Verwaltungen, gute Staatsleistungen und gute Regulierung. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und der Wohlstand der Schweiz ist nicht trotz 26 Kantonen hoch, sondern wegen ihnen. Das straft alle Lügen, die behaupten, Föderalismus sei nicht mehr «zeitgemäss» und Fusionen von Kantonen und Gemeinden nötig. Föderalismus, das ist neu, reduziert sogar die Ungleichverteilung der Einkommen in der Gesellschaft. Der von Politikern oft verteilte Kantönliche, der Wettbewerb unter den Kantonen ist es, der gemäss Studie diese Effekte hat. Er ist ein Labor, in dem sich politische Lösungen bewähren oder scheitern – und wo Bürger vergleichen können.

Doch der Föderalismus ist unter Druck. Wenn immer eine Regulierung in einem Kanton etwas anders ausfällt als im anderen, wird reflexartig Einheitlichkeit gefordert. Das sei «gerechter», wird dann betont, dass es auch «schlechter» ist, bleibt ungesagt.

Grundsätzlich finden alle den Föderalismus gut, aber wer verteidigt ihn über das Lippenbekenntnis hinaus?

Der Bundesrat und seine Verwaltung sind es nicht. Sie ziehen im Gegenteil immer mehr Kompetenzen an sich. Man denke an die Raumplanung, bei der der Bund einst nur ein Rahmengesetz vorgab und wo heute die Kantone und noch mehr die Gemeinden bloss noch Ausführende sind. Das Bundesparlament ist es auch nicht. Politiker aller Parteien versuchen sich mit Vorschlägen zu profilieren, was man auch noch unter die Fittiche des Bundesstaates und damit des Parlamentes nehmen könnte. Zu erinnern wäre an die Kulturförderung des Bundes oder seine erst neu vom Parlament erweiterten Kompetenzen im Bereich der Bildung oder der Gesundheit.

Auch die Parteien sind es nicht: Die SP hat schon aus ideologischen Gründen einen Hang zum Zentralstaat, obwohl Föderalismus – wie wir jetzt wissen – gesellschaftliche Ungleichheit verringert. Die FDP profiliert sich liebend als «modern» und versteht darunter gerne mehr Zentralismus. Die CVP, die aus ihrer Geschichte den Föderalismus im Blut haben sollte, gibt ihn immer dann auf, wenn man ihn verteidigen müsste, zuletzt beim Bundeszwang über die Einbürgerungsregeln oder in der Bildung. Und auf den Vorschlag der SVP, zum Beispiel die

Kultursubventionen oder die Landwirtschaftspolitik zu föderalisieren, können wir noch lange warten.

Selbst die Kantone machen nur allzu gerne bei zentralistischen Lösungen mit, spätestens dann, wenn Bundesmillionen locken oder wenn damit die Konkurrenz ausgeschaltet wird. Jedes Konkordat der Kantone schaltet den Föderalismus aus – auf Kosten der Bürger. Die Kantone sollten

sich über ihre Erfahrungen austauschen. Sobald sie gemeinsame Regeln aufstellen, widerspricht das dem Föderalismus – und den Erkenntnissen ihrer eigenen Studie.

Föderalismus und seine positiven Wirkungen sind ein Allgemeingut. Wer verteidigt sie? Nicht die Regierungen und nicht die Politiker. Sondern die Bürger oder niemand. dominik.feusi@baz.ch

«Der Trend zur Zentralisierung hält an»

Bern. Was die internationale Wettbewerbsfähigkeit angeht, belegt die Schweiz in Ländervergleichen immer wieder Spitzenplätze. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Eigenständigkeit der Kantone und Gemeinden, wie eine Studie der ch Stiftung zeigt. Pascal Broulis, Präsident der ch Stiftung und Waadtländer Staatsrat (FDP), zeigte sich an einer Medienkonferenz gestern erfreut über dieses Resultat, setzt sich seine Organisation doch stark für die Förderung des föderalistischen Staatsgedankens ein. Von Kritikern heisse es immer wieder, der Föderalismus mit seinen kleinräumigen Strukturen genüge den Anforderungen einer zunehmend globalisierten Wirtschaft nicht mehr, sagte Broulis. Die Studie zeige aber, dass der Föderalismus das Wirtschaftswachstum in den Kantonen

ankurble. Die Steuerautonomie erlaube es den Gemeinden und Kantonen, ihre Leistungen an regional unterschiedliche Bedürfnisse anzupassen. Die direkte Betroffenheit und die Einflussmöglichkeiten führe ausserdem dazu, dass sich die Kantone weniger verschulden. Zudem werde die Staatsquote tief gehalten. Trotz dieser Errungenschaften gerate der Föderalismus in der Schweiz immer mehr unter Druck, gab Benedikt Würth, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen und St. Galler Regierungsrat (CVP) zu bedenken. Er sieht etwa das Subsidiaritätsprinzip in Gefahr. Demnach sind öffentliche Aufgaben auf der tiefstmöglichen staatlichen Ebene zu erfüllen. «Der Trend zur Zentralisierung hält weiter an», sagte Würth an der Medienkonferenz. SDA

Nachrichten

Gerhard Schwarz erhält Bonny Preis der Freiheit

Bern. Der Publizist und Autor Gerhard Schwarz ist gestern in Bern mit dem Bonny Preis der Freiheit ausgezeichnet worden. Der Preis wird seit 2013 vergeben und ist mit 100 000 Franken dotiert. Schwarz habe die Ehre für seine Dienste als Publizist, langjähriger NZZ-Wirtschaftschef und Direktor von Avenir Suisse erhalten, teilte die Bonny Stiftung für die Freiheit gestern. SDA

Standesinitiative gegen Einkaufstourismus

Frauenfeld. Eine parteiübergreifende Motion aus dem Thurgauer Grossen Rat will den Einkaufstourismus mit einer Standesinitiative bekämpfen: Die bisherige Zollfreigrenze soll abgeschafft werden. Künftig soll in der Verfassung festgeschrieben werden, dass bei sämtlichen Einfuhren im privaten Warenverkehr die Schweizer Mehrwertsteuer zu entrichten ist, falls die ausländische Mehrwertsteuer zurückgefordert wird. SDA

Mehr Ausweisungen von gefährlichen Personen

Bern. Wegen Gefährdung der inneren Sicherheit hat das Bundesamt für Polizei 2017 bereits gegen sieben Personen die Ausweisung verfügt. «Die Ausweisungen sind gestützt auf Artikel 68 des Ausländergesetzes verfügt worden», bestätigte eine Sprecherin einen Artikel von NZZ online. 2016 war eine Ausweisung gesprochen worden. SDA

Bundesrat setzt weiter auf Kunstflugstaffel

Bern. Der Bundesrat will die Kunstflugstaffeln der Luftwaffe weiterhin an zivilen Anlässen fliegen lassen. Seiner Meinung nach sind die Auftritte wichtig, um Nachwuchs für die Luftfahrt zu gewinnen. SDA

Raumplanungsgesetz fällt erneut durch

Bern. Die Revision des Raumplanungsgesetzes fällt auch im zweiten Anlauf durch. «Zurück an den Absender», heisst es bei den meisten Parteien, Umweltverbänden, von Seiten der Wirtschaft, der Bauern und der Gemeinwesen. Kernelement der bundesrätlichen Vorlage ist der sogenannte Planungs- und Kompensationsansatz. Dieser sieht vor, dass die Kantone für das Bauen ausserhalb der Bauzonen mehr Spielraum erhalten. SDA

Frühfranzösisch auf der Kippe

Zuger Kantonsrat überweist Motion an Regierung

Zug. Im Kanton Zug steht das Frühfranzösisch zur Debatte: Der Zuger Kantonsrat hat gestern beschlossen, dass die Regierung eine Vorlage zur Abschaffung des Frühfranzösisch ausarbeiten muss. Er hat eine entsprechende Motion von SVP und FDP überwiesen. Die Regierung hat ein Jahr Zeit, dem Parlament die Abschaffungsvorlage zu unterbreiten. Sobald die Vorlage steht, wird der Kantonsrat erneut über das Thema diskutieren.

Der Entscheid fiel mit 40 Nein- zu 34 Ja-Stimmen. Weil es im Kanton Zug für die Nicht-Überweisung aber eine Zweidrittelmehrheit braucht, ist die Motion somit doch durchgekommen. Für die Überweisung stimmten die SVP, einige Kantonsräte von CVP und FDP sowie einige SP-Parlamentarier. SDA

Datenleck blieb jahrelang unentdeckt

Bundesrat will zentrale Stelle zur Verfolgung von Cyberkriminalität schaffen

Bern. Die Computer der Bundesverwaltung waren während Jahren ein leichtes Ziel von Hackern. Der Bundesrat hat gestern bestätigt, dass zwischen 2014 und Anfang 2017 eine Sicherheitslücke bestand. Diese hätte den unberechtigten Zugriff auf eine beschränkte Anzahl von Anwendungen des Bundes ermöglicht, schreibt der Bundesrat in einer Antwort auf eine Interpellation des Tessiner CVP-Nationalrats Marco Romano. Welche Departemente betroffen waren, gibt der Bundesrat nicht bekannt.

Die Sicherheitslücke wurde am 27. Januar 2017 entdeckt und am 9. Februar 2017 endgültig geschlossen. Daraufhin seien der für die Informatik zuständige Departementvorsteher Ueli Maurer und später der Bundesrat informiert worden. Die Kommunikation über den Vorfall innerhalb der Bundes-

verwaltung war als vertraulich klassifiziert. Dennoch berichtete die *Weltwoche* im Frühsommer über den Vorfall.

Die Folgen sind nach wie vor unklar. Die Untersuchungen hätten keine Hinweise darauf ergeben, dass die Sicherheitslücke unberechtigt ausgenutzt worden sei, schreibt der Bundesrat. Allerdings lasse sich das nicht vollständig nachweisen. Eine Administrativuntersuchung hat der Bundesrat nicht eingeleitet. Es gebe keine Hinweise auf strafrechtlich oder disziplinarisch relevante Handlungen.

Cyber-Attacken nehmen zu

Es ist nicht das erste Sicherheitsleck beim Bund. Für Schlagzeilen sorgte 2016 der Spionage-Angriff auf den bundeseigenen Rüstungskonzern Ruag. Bei diesem wurden mehr als 20 Gigabyte Daten entwendet. 2012 ent-

wendete ein Informatiker des Nachrichtendienstes Daten und versuchte diese zu verkaufen.

Der Bundesrat will eine Anlauf- und Koordinationsstelle zur Bekämpfung und Verfolgung von Cyber-Attacken schaffen. Er beantragt dem Parlament, eine Motion des St. Galler FDP-Nationalrats Marcel Dobler anzunehmen.

Der Motionär weist auf die Zunahme der Cyber-Attacken hin. Die Zahl wachse dramatisch, schreibt er in seinem Vorstoss. Die wachsende Komplexität und Vielschichtigkeit der Bedrohungen sei eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit, hält Dobler fest. Dem sei die föderal fragmentierte Strafverfolgung der Schweiz nicht gewachsen, solange keine zentrale Anlaufstelle bestehe. Eine solche Anlaufstelle würde die Koordination mit ausländischen Behörden sicherstellen. SDA

ANZEIGE



Eine exclusive Brille muss nicht teuer sein. Brille: Fielmann.

Fielmann zeigt Ihnen die ganze Welt der Brillenmode – zum garantiert günstigsten Preis. Denn Fielmann bietet Ihnen die **Geld-zurück-Garantie**. Sehen Sie das gleiche Produkt noch 6 Wochen nach Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann die Ware zurück und erstattet den Kaufpreis.

Moderne Komplettrille

mit Einstärkengläsern, 3 Jahre Garantie.

CHF 47.50

Sonnenbrille in Ihrer Stärke

Metall oder Kunststoff, Einstärkengläser, UV-Schutz, 3 Jahre Garantie.

CHF 57.50

www.fielmann.com

fielmann

Brille: Fielmann. Internationale Brillenmode in Riesenauswahl zum garantiert günstigsten Preis. Mehr als 700x in Europa. 38x in der Schweiz. Auch in Ihrer Nähe: 2x in **Basel:** Marktplatz 16/ Ecke Gerbergasse, Telefon: 061 266 1620 und im Stücki Shopping, Hochbergerstrasse 70, Telefon: 061 633 2050; **Liestal,** Rathausstrasse 59, Telefon: 061 926 8620. Mehr unter www.fielmann.com